

Bezugspreise:  
für Halle monatlich bei zweimaliger  
Abteilung 7,50 Mark, vierteljährlich  
22,50 M., durch die Post 22,50 M.,  
einschl. Anstellungsgeld. Bei  
Bestellungen werden von allen Abzähl-  
stellen abgenommen. Im  
einzelnen, Zeitungspreisliste unter  
einer Zeile eingetragen. Für  
unregelmäßig eingehende Manu-  
skripte wird keine Gewähr über-  
nommen. Nachdruck nur mit der  
Erlaubnis der Redaktion. Halle, den  
11. 10. 1920, der Zeitung Nr. 1133  
u. 7411, der Zeitung Nr. 1133

Morgen-Ausgabe.

# Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:  
Die 8 gespaltene 34 mm breite Milli-  
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,  
Samstagsanzeigen 40 Pf., Klein-  
anzeigen 20 Pf., 2 mal, 3 mal,  
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an  
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche  
Anzeigenpreise. Erfüllungsort:  
Halle, Erbsenstraße 2 mal,  
Sonntags und Montags 1 mal.  
Erfüllungsort: Halle, Erbsen-  
straße 1a, Dr. Braubauer, 17.  
Halle, Erbsenstraße: Große  
Halle, Erbsenstraße 17.  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 481.

Halle, Donnerstag, den 14. Oktober 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

## Neue Agitation Korsfantys in Oberschlesien

Holland wünscht eine Konferenz über die deutschen Kabel — Die Sonderstellung Helgolands — Ein deutscher Riesendampfer in Flammen.

### Der Endkampf.

Wir haben bereits in den letzten Tagen an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß das Bürgerturn zu dem Zwecke, die Ereignisse auf dem hiesigen Parteitag der U. S. P. D. ohne besondere Nervosität zu beobachten und nur nach ihrem wirklichen realen Werte einzuschätzen. Die Debatten des ersten Verhandlungstages waren im ganzen noch recht zahm, wenn auch die „reinliche Scheidung“ nach der Grundfrage für oder gegen Moskau bereits vollzogen war und, da die Delegierten mit festen Marschrouten versehen sind, sich je nachdem bei einseitig organisierter Opposition von rechts oder links in ausgeprägten Formen bemerkbar machte. Es zeigte sich am ersten, wie auch am zweiten Tage, daß die Reden der verschiedenen Referenten in dieser Versammlung keine überzeugende Kraft mehr haben, sondern nur noch zum Fenster hinaus gehalten werden, um das Begräbnis der U. S. P. D. oder deren Verteidiger auf noch vor der Dessenlichte und vor der Geschichte mit möglichst unheimlichen Kommentaren zu versehen. Es liegt eine unheimliche Schwüle über dieser Versammlung, eine Spannung, die jeden Augenblick zur Explosion führen kann, und es ist eigentlich ein Wunder, daß diese Explosion noch nicht eingetreten ist, sondern sich bisher noch in lärmenden Widerprüden, nervösen Gelächern und mehr demonstrierenden als von Herzen kommenden Beifallsäußerungen wie im Hissen der Sicherheitsventile eines überlasteten Dampfessels ausdrückt.

Wie diese Stimmung auf den zunächst Beteiligten selbst wirkt, zeigt uns mit aller Deutlichkeit der Leitartikel des gestrigen „Volkswort“, in dem es heißt:

Das Schlußringen in der U. S. P. hat am Dienstag begonnen. Erschütternd ist es, die Tragik des Zerfalls einer Partei in so qualvoller Rache zu erleben zu müssen. Das stolze und würdige geschmückte Arbeiterheim Volkspark beherbergt wohl noch „den“ Parteitag der U. S. P., aber in Wirklichkeit schwingen und togen bereits zwei „Parteitage“ nebeneinander, deren jeder seinen besonderen Charakter hat.

Der Kampf um und über die Moskauer Anschlußbedingungen war die beiden Parteitage so heftig gegeneinander, daß die Partei als Ganzes jede Kampfkraft nach außen verlor. Während früher die Parteitage am 1. und 2. gegen die Bourgeoisie ausstrahlten, ist jetzt nur noch ein Gärungsprozess erkennbar. Ehemals hallte aus der Parteiarbeit der Klang harter Sammeltschläge gegen den Feind weithin hörbar über das Land — heute klingt nur das Streiten der Schimle nichtendend über die ebenlo uneinigen Parteibataillone.

Das ist nun aus der machtloosen sozialistischen Arbeiterbewegung geworden! Drei Parteien ringen im und um das Proletariat. Keine kann die Massen so sammeln, daß sie der bestimmte Ausdruck des proletarischen sozialen Ringens des deutschen Proletariats wäre. Der Kampf untereinander lähmt den Kampf gegen den Feind. Das politische Geschehen geschieht heute ohne das Proletariat, mehr noch: gegen das Proletariat. Daß diese unheimliche dumpfe Lage zu Explosionen führen muß, ist einfach Entwicklungsgesetz.

Wir stehen vor einem Verzweiflungssakt. Ja, wir sind schon mitten darin. Denn die vorhandene, aber zur politisch-sozialen Impotenz verurteilte Kraft sammelt sich für und wider die — Moskauer Aufnahmebedingungen, eine heillosen fasslose und verzerrte Widersprüche. Die Massen des Proletariats wuchsen mit unwiderstehlicher Kraft vorwärts — und die verhasste historische Situation verwandelt (in den Hirnen der handelnden Menschen) dies Aufwachen in ein Gähnen um die — Moskauer Anschlußbedingungen. Die Kämpfermasse von einer Willkür getrieben sich wegen „Moskau“!

Es ist das nicht Wahnsinn? Im tiefsten Grunde wollen beide Flügel daselbe — eine fröhliche Internationale der Tat. Beide wollen die Diktatur des Proletariats durch revolutionäres Rätesystem, aber beide erklären: Erst müssen wir die anderen hinausgeworfen haben, ehe wir den Weg finden und wieder politisch aktionsfähig werden. So bricht denn das Verhältnis hemmungslos herein. Wenn nicht ein Wunder geschieht, dann sammeln spätestens nach am Freitag beide todwunde Flügel auf einem grauenhaft in Schladtsche die Trümmer einer zerstorbenen Partei. Das deutsche Proletariat ist tief und weh... Weiter heißt es in dem Artikel: „Das ganze Gärten und Wirbeln des Parteitaes konnte

bisher nur einen peinlichen Eindruck hervorzurufen. Denn im tiefsten Innern bohrt der Gedanke bei jedem proletarisch-sozialistischen Beobachter: dort zerfällt sich das Proletariat! Sobald aber die Spaltung des deutschen sozialistischen Proletariats (Spaltung um die Moskauer Bedingungen) heringetragen sein wird, ist die Kraft der Kommunisten nicht mehr so groß, wie sie jetzt scheint, und die Bedeutung der U. S. P. nicht mehr so gering, wie man sie jetzt vielleicht einschätzen mag. Es wird ein Riß mitten durch das Proletariat! Die Wucht dieser Erkenntnis ist heute gar noch nicht abzusehen. Wer im gegenseitigen Kampfe dann die Oberhand gewinnen und behalten wird — das kann erst die Zeit lehren. Jeder Proletarier fühlt das kommende Entsetzliche — aber keiner kann helfen. So rast denn der Schlagwagen ungehemmt auf das proletarische Nachfeld... Das Warnen und Mahnen ist überflüssig geworden.

Dieses Klagebild kennzeichnet die Situation besser, als es von anderer Seite gesehen könnte. Die alte Garde der Unabhängigen wird dem Ansturm der noch nicht zur vollen politischen Reife gelangten jüngeren Elemente erliegen, indem sie die Klärung schaffen nicht und durch ihre Haltung die Kraft der Kommunisten nicht so answellen läßt, daß der zu erwartende Mehrheitsbescheid für einen Anstoß an Moskau zu einer unmittelbaren Gefahr für die nahe Zukunft werden könnte. Trotzdem sind natürlich die Dinge nicht leicht zu nehmen, weil nach dem Parteitag und nach der Spaltung sicher mit einer größeren Aktivität des verstärkten Kommunismus gerechnet werden muß. Dafür wird voraussichtlich schon der dritte Verhandlungstag den Beweis erbringen, da die Erregung der Debatte sich bis zum Gipfelpunkt steigern wird. Bei jeder Krankheit ist der dritte Tag der Tag der Krisis, er wird es auch in diesem Falle sein. ○

### Die deutschen Kabel.

Am 13. d. M., 13. Oktober. Eastern Service erklärt von nachstehender niederländischer Seite, daß die niederländische Regierung den a. und a. Wächtern eine Konferenz über die früheren deutschen Kabel im Stillen Ozean vorgeschlagen hat. Sie führt an, daß Deutschland diese Kabel den a. und a. Wächtern nicht vollständig abtreten konnte, da sie der Deutsch-Niederländischen Telegraphen-Gesellschaft gehörten und sowohl die niederländische Regierung als auch niederländische Privatleute daran Anteil haben.

### Zur Lage in Oberschlesien.

Korsfant hat sich in Reuthen am Sitze des polnischen Aktionskomitees von ein Korrespondenten des Temps interviewen lassen. Er sagte: Die Volksabstimmung unter den augenblicklichen Bedingungen bedeute für die Polen eine Partie mit einem Gegner, der mögliche. Die Frage der Eingewanderten geht infolge der zweideutigen Redaktion des Friedensvertrages Gelegenheit, eine ungebührliche Schiebung zu unternehmen. Korsfant schlägt die sog. Ausgewanderten auf 400.000. Nach seiner Ansicht müsse eine Interpretation des Friedensvertrages dahin erfolgen, daß den Ausgewanderten ein nicht geklärt werden, an der Volksabstimmung mit in Deutschland hergestellten Parteien teilzunehmen. Dann müsse die Regierung den a. und a. Wächtern bereit sein letztes Wort vor, einen letzten Angriff, der ihm Oberschlesien durch das Mittel einer militärischen Besetzung überläßt. Diesbezügliche Befehle seien dem 6. Armeekorps gegeben worden und den Polen bekannt. Die Okkupations-truppen müßten stark genug sein, mit Maschinengewehrfeuer zu antworten, wenn sich Zwischenfälle wie in Katowitz wiederholten. Die Polen seien bereit. Je mehr man den Tag der Abstimmung hinauschiebt, je mehr ermutige man die Versuchung der Deutschen, Oberflächlich mit bewaffneter Hand zu nehmen. Nach seiner Ansicht sind alle politischen Parteien vor der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken so geeint, daß sie eine Einheitsfront bilden. Beweis dafür sei, daß er für das Volksabstimmungskomitee als Vorsitzender 3 Jahre an der Seite von Vertretern aller Parteien und aller gesellschaftlichen Organisationen. Polen habe eine bewundernswürdige Langmut gezeigt dadurch, daß es Oberschlesien eine weitgehende wirtschaftliche Autonomie zugeht, die auch den ober-schlesischen Deutschen vollkommene Sicherheit gewährleistet. Die ober-schlesischen Deutschen, die von dieser Autonomie in weitestem Sinne Nutzen gößen, seien intelligent genug, um zu sehen, auf welcher Seite ihr Interesse liege. In Bezug auf die wirtschaftlichen Folgen der Vereinigung Oberschlesiens mit Polen sagte Korsfant: Da Polen im Augenblick nicht fähig sei, das deutsche Kapital, das in der Industrie investiert sei, zu ersetzen, eröffne sich für das französische Kapital eine glänzende Aussicht. Auf die Frage des Interviewers, ob die Engländer sich nicht schon mit Berlin darüber verständigt hätten, antwortete Korsfant überhaupt nicht.

### Die Sonderstellung Helgolands.

Don gut unterrichteter Seite wird der „Dena“ geschrieben: Die prüfliche Landesversammlung hat kürzlich in erster Lesung den Gesetzen vurf betreffend das Gemeindegewaltrecht in Helgoland beraten; die Vorlage ist dem Gemeindegewaltrecht überwiegen worden. Sozialistische Blätter a. B. der „Volkswort“ in Münster vom 2. Oktober wenden sich gegen die Bestimmung der Vorlage, die das Wahlrecht von einem fünfjährigen Wohnsitz in der Gemeinde abhängig macht, während sonst ein sechsmonatlicher Wohnsitz genügt. Von einem „Vorstoß der Reaktion“ wird es dort bezeichnet und ist keine Rede. Helgoland hat seit seiner Erwerbung durch das Deutsche Reich immer eine Sonderstellung eingenommen. Der deutsch-englische Vertrag vom 1. August 1890, durch den Helgoland ans Deutsche Reich abgetreten wurde, erteilte folgende Bestimmungen: Die zurzeit bestehenden heimischen Gesetze und Gewohnheiten bleiben, soweit es möglich ist, unverändert fortbestehen. Viele Gesetze sind daraufhin in Helgoland überhaupt nicht eingeführt worden. Zur Ausführung der im Friedensvertrag von Versailles vorgeschriebenen Entfestigung und Veräußerung des Hofens hatten sich teilweise bis zu dreitausend infestierende Personen auf Helgoland auf. Da die einheimische Bevölkerung nur 2400 Köpfe betrug, wurde bei unangesehener Durchführung der preussischen Gemeindegewaltrecht die Gefahr bestehen, daß gerade die einheimischen, die an der Entfaltung des Landes in erster Reihe interessiert sind, von der Mitbestimmung in den Gemeindegewaltrechten nahezu ausgeschlossen werden. Der Grundabzug des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts wird selbstverständlich eingeführt, es wird lebhaft zum Schutze der Helgoländer, deren politische und wirtschaftliche Verhältnisse infolge der Insel-lage und den selbständigen Stammescharakter sich eigenartig entwickelt haben, die Ortsanwohner auf fünf Jahren versetzt. Auch der Reichstag hat diesen Verhältnissen Rechnung getragen und am 6. August ds. J. eine Verordnung über Reichsverfassung dahin beschlossen, daß der Art. 17 Abs. 2 folgender Satz angefügt werden ist: „Mit Rücksicht auf die Verhandlungen bei dem Erwerb der Insel Helgoland kann zu Gunsten ihrer einheimischen Bevölkerung eine von Art. 17 Abs. 2 abweichende Regelung getroffen werden.“ Dieser Absatz handelt von der Dauer des Aufenthalts in der Gemeinde für die Wahlberechtigten. Mitbestimmend für das Entschiedenwerden gegen die Wünsche der Helgoländer war auch der Umstand, daß die gelamte Zielbewohnerschaft während des ganzen Krieges aus militärischen Gründen von der Insel entfernt gehalten wurde und erst nach Abschluß des Weltkrieges zurückkehren durfte. Mit Parteipolitik und realen Interessen hat die Bestimmung der Vorlage also nichts zu schaffen.

### Ein weiterer deutscher Riesendampfer in Flammen.

Nach dem gewaltigen Schadenfeuer auf dem zur Abfertigung an die Entente bestimmten Dampfer „Bismarck“ ist ein weiterer deutscher Riesendampfer, der auf der Vulkan-Werft im Bau befindliche Dampfer „Victoria Luise“ von einer verheerenden Feuersbrunst heimgesucht worden. Auch dieses Schiff war zur Abfertigung an die Entente bestimmt. Das auf der Vulkan-Werft müßende Großfeuer wird zur Zeit außer von der Werkstätte vor fünf hundert Arbeitern bekämpft. Der Schaden ist sehr bedeutend.

### Der totesagte Dr. Hirschfeld meldet sich.

Der infolge der Verhaftung zweier ober-schlesischer Journalisten in München fälschlicherweise totesagte Dr. Magnus Hirschfeld schreibt der „Dena“: „Durch die Presse geht die Nachricht, daß ich bei dem Münchener Ueberfall erlittenen Verletzungen erlegen sei. Dem muß ich entschieden widersprechen. Noch habe ich meinen 69. Geburtstag nicht gefeiert und hoffe, es auch nicht eher zu tun, bis ich sie von der Richtigkeit meiner Ansicht und der Notwendigkeit meiner Lebensarbeit überzeugt habe, was wohl noch eine geraume Zeit in Anspruch nehmen wird.“

### Wiedereinführung des freien Tabakhandels?

Von zuständiger Seite wird der „Dena“ mitgeteilt: Bekanntlich ist der Großhandel mit Tabakwaren (Zigarren, Zigaretten, Rauchtabak, Kautabak und Schnupftabak) nur solchen Personen gestattet, denen eine besondere Erlaubnis zum Betriebe dieses Handels erteilt worden ist. Der preussische Handelsminister hat vor einiger Zeit die Regierungspräsidenten zu einer Verfügung aufgefordert, ob nicht der Zeitpunkt gekommen wäre, den Erlaubniszwang für den Tabakhandel aufzuheben. Diese haben sich nunmehr fast einmütig für baldige Abkündigung der besonderen Handels-erlaubnis ausgesprochen. Der Handelsminister hat sich daher mit einer entsprechenden Anregung an den Reichs-wirtschaftsminister gewandt.





